

Einführung und Zusammenfassung

Venezuela hat lange Zeit wenig wissenschaftliche und journalistische Neugier auf sich gezogen. Das lag insbesondere daran, dass in Lateinamerika vor allem solche Staaten mit Aufmerksamkeit rechnen können, die entweder Katastrophen erleben oder aber im Verdacht stehen, eine Revolution zu durchlaufen. Beides war lange Zeit in Venezuela nicht der Fall, im Gegenteil: Das Land galt in einer Phase, in der fast alle Staaten der Region mit autoritären Regimen geschlagen waren, d.h. in den 1960er bis in die 1980er Jahre, als eine der wenigen stabilen und konsolidierten Demokratien, und es schien spätestens ab Mitte der 1960er Jahre in einen Zustand der immerwährenden Prosperität eingetreten zu sein.

Inzwischen erfüllt Venezuela beide der genannten Voraussetzungen, um Aufmerksamkeit auf sich zu lenken: Wirtschaftlich und sozial hat das Land einen Niedergang erlebt, der in der Tat als Katastrophe beschrieben werden kann: Die durchschnittlichen Realeinkommen sind in den späten 1990er Jahren auf den Stand der 1950er Jahre zurückgefallen, und die Armut, die angesichts des Konsumniveaus auch der armen Bevölkerung im lateinamerikanischen Vergleich noch bis in die 1980er Jahre eine Art Armut *de luxe* war, hat rapide zugenommen und die große Mehrheit der Bevölkerung erfasst.

Der ökonomische Niedergang korrespondierte mit einer zunehmenden Delegitimierung und Destabilisierung der 1958 etablierten politischen Ordnung, ein Prozess, der spätestens mit den zwei gescheiterten Putschversuchen im Jahre 1992 sichtbar wurde, und der mit der Verabschiedung einer neuen

Verfassung im Jahre 1999 ihren Abschluss fand. Die Umbenennung des venezolanischen Staates in „República Bolivariana de Venezuela“ markiert den endgültigen Kollaps des Elitenpaktes von 1958 und der daraus resultierenden Form einer Konsensdemokratie. Die neue Verfassung, die Umgestaltung der politischen Institutionen, die neue Rolle der Streitkräfte im Entwicklungsprozess des Landes und die ausgreifende Revolutionsrhetorik der neuen Führung stellen ein neues politisches Projekt dar, das an die Stelle des bankrotten Systems der sog. „IV. Republik“ getreten ist, und das zunehmend den Anspruch erhebt, angesichts der Krise neoliberaler Anpassungsversuche in Lateinamerika ein antiliberales Gegenmodell zu präsentieren. Damit erfüllt das Land auch die zweite Bedingung, um Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Mit diesem Projekt verbinden sich in Venezuela Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, die sich durch eine partizipative Demokratie und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit auszeichnen, aber auch die Furcht vor einer autoritären Regression und einem zunehmenden Staatszerfall. Die damit verbundene extreme politische Polarisierung des Landes fand in dem missglückten Putsch am 11.4.2002 und dem gescheiterten Generalstreik im Winter 2002/03 ihren Ausdruck. Nachdem das Regime aus dem Abwahlversuch der Opposition vom 15.8.2004 gestärkt hervorgegangen ist, ist deutlich geworden, dass die „Bolivarische Republik“ sich vorerst konsolidiert hat.

In dem vorliegenden Band werden aus unterschiedlichen Perspektiven und Disziplinen die Ursachen, die verschiedenen Aspekte und die Konsequenzen dieser Entwicklung analysiert. Die Beiträge venezolanischer Autoren und Akteure spiegeln die Kontroversen um dieses Projekt wider, die das Land auch in Zukunft prägen werden. Die politische Polarisierung bringt es mit sich, dass die Bilder, welche die der Regierung und der Opposition nahe stehenden Autoren von dem Land zeigen, so wenig Ähnlichkeit aufweisen, dass der Leser den Eindruck bekommt, es handele sich um völlig verschiedene Länder. Diskussionen über Venezuela, die früher mangels Kontroversen kaum stattgefunden haben, werden heute mit einer Leidenschaft geführt, welche an die früheren Debatten über Kuba erinnern.

Der Band enthält die Vorträge, die während eines pluridisziplinären Seminars zu Venezuela im Juni 2002 im Geistes- und Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum der Universität Tübingen in Blaubeuren gehalten wurden. Das Seminar wurde konzipiert und gestaltet vom Zentrum für wissenschaftliche Kommunikation mit Ibero-Amerika (CCC Tübingen) in enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Der Band erscheint als 10. Folge in der Reihe „Länderseminare des CCC“ (Horlemann Verlag). Eine Aktualisierung der meisten Beiträge

erfolgte im Sommer 2004. Im Band sind auch Beiträge von Autorinnen und Autoren hinzugekommen, die ursprünglich zum Seminar eingeladen waren, aber aus technischen Gründen nicht daran teilnehmen konnten. Neben wissenschaftlichen Analysen von venezolanischen und deutschen Autoren enthält er auch Einschätzungen von solchen Personen, die im Lager der Regierung und der Opposition herausragende Positionen einnehmen, und die einen Eindruck von den politischen Auseinandersetzungen in Venezuela vermitteln.

*

Die Beiträge im **Abschnitt I: Politischer und gesellschaftlicher Wandel** be-fassen sich aus politikwissenschaftlicher (*Boeckh, Welsch, Werz*) und anthropologischer Sicht (*Acosta Espinosa*) mit den politischen Transformationen, die das Land seit den 1980er Jahren und nach der Wahl von Hugo Chávez Frías zum Präsidenten im Jahre 1998 durchlaufen hat. Sie machen deutlich, dass der Ausgang der Wahl von 1989 und die nachfolgenden politischen Transformationen Konsequenzen einer tief greifenden Krise sind, welche die politische Legitimität, Integrations- und Steuerungsfähigkeit des 1958 etablierten politischen Systems einem zunächst schleichenden und dann rapiden Zerfallsprozess ausgesetzt haben.

Der Tübinger Politologe *Andreas Boeckh* geht in seinem Beitrag vor allem auf die Ursachen ein, welche die noch bis in die 1980er Jahre als modellhaft gehandelte „paktierte Demokratie“ scheitern ließen. Er hebt dabei darauf ab, dass es paradoxerweise die explosionsartige Ölpreiserhöhung von 1973/74 war, welche die Krise des Systems vorbereitete. Sie führte nicht nur zu einer völligen Überforderung des Staates, mit den gigantischen Ressourcen, die mit einem Male zur Verfügung standen, einen „Sprung nach vorne“ zu einem „großen Venezuela“ zu inszenieren, ein Sprung, der 1983 in der Zahlungsunfähigkeit endete, sondern er ließ auch die wesentlichen Akteure des Paktes von 1958 zu einem korrupten Elitekartell verkommen, das nicht mehr in der Lage war, wirtschaftlich tragfähige und politisch überzeugende Antworten auf die Krise des rentengestützten Entwicklungsmodells zu finden.

Der Beitrag des an der Universidad Simón Bolívar in Caracas lehrenden Politologen *Friedrich Welsch* kontrastiert die demokratischen Potentiale und die institutionellen Innovationen der neuen Verfassung von 1999 mit einem durchaus traditionellen autoritär-caudillistischen Regierungsstil der Regierung Chávez, deren ideologisches Profil er durch caudillistische Legitimationsmuster und eine Affinität zu der von dem argentinischen Soziologen

Norberto Ceresole entwickelten Vorstellung von einer führerfixierten, auf eine politische Einbeziehung des Militärs bauenden postdemokratischen Ordnung charakterisiert sieht, der in den Augen der Regierung eine für das übrige Lateinamerika paradigmatische Bedeutung zukommt. Die im Titel seines Aufsatzes formulierte Frage beantwortet er dahin gehend, dass es sich bei dem neuen Regime nicht um eine demokratische Revolution handele, sondern um einen Rückfall in den Autoritarismus.

Der Rostocker Politologe *Nikolaus Werz* stellt seine Ausführungen zum Thema „Populismus und Parteien in Venezuela“ in den Kontext der lateinamerikanischen Parteienforschung, was es ermöglicht, den Niedergang der venezolanischen Parteien als ein Phänomen zu begreifen, das in anderen Ländern der Region seine Entsprechung hat. Gleichwohl lag die Besonderheit des venezolanischen Falles darin, dass sowohl die Stabilität des Parteiensystems und des politischen Paktes nach 1959 wie auch der Niedergang in einem engen Zusammenhang mit dem Erfolg und dem Scheitern des erdölabhängigen Entwicklungsmodells zu sehen ist, das zugleich auch das Scheitern eines gesellschaftlichen Modernisierungsprojekts war. Die Parteien erwiesen sich als inflexibel und vermochten es nicht, Auswege aus der Krise zu weisen. An ihre Stelle traten nach ihrer vernichtenden Niederlage bei der Wahl von 1998 Organisationen, die mehr Bewegungen als Parteien ähnelten oder Einpersonparteien, allesamt mit einem niedrigen Institutionalierungsgrad, was dem plebiszitär eingefärbten Populismus des Präsidenten viel Raum gibt und Venezuela als „Demokratie ohne Parteien“ erscheinen lässt.

In seinem Beitrag „Kultur und Politik: Venezuela in vier Zeiten“ greift der an der Universität von Valencia (Venezuela) lehrende Anthropologe *Nelson Acosta Espinosa* aus diskursanalytischer Sicht ein Thema auf, das ein zentrales Entwicklungsdilemma in Lateinamerika und nicht nur in Venezuela darstellt: Die Unfähigkeit der an Europa und den USA orientierten Eliten, in der Kultur der Bevölkerung ihrer Länder etwas anderes zu sehen als „Fremde“, „Andere“, das zu entwickeln ist, aber nicht als Teil der nationalen Identität oder gar als Entwicklungsressource zu betrachten sei. Die dominanten Diskurse waren zumeist darauf angelegt, die eigene Realität zu umgehen bzw. zu negieren, oder wie dies in Anlehnung an Ortega y Gasset formuliert wird, „dem Umstand auszuweichen“. Dieses Dilemma wird im Falle Venezuelas in vier Etappen dargestellt: der Phase der Unabhängigkeit, der liberalen Phase, der Phase der Dominanz der *Acción Democrática* (AD), welche der einzige Moment in der venezolanischen Geschichte ist, in dem es gelungen ist, universalistische Kriterien der Modernisierung mit partikularistischen Themen der Volkskultur zu einem kohärenten und daher auch für eine Zeitlang hegemonialen Diskurs zu verbinden. Die chavistische Phase schließlich

ist das Resultat des Scheiterns des Modernisierungsprojekts der AD, welches der Fragmentierung der Gesellschaft und der von ihr generierten Forderungen nicht mehr gewachsen war.

In dem **Abschnitt II: Die Bolivarische Republik: Analysen und Ansichten** geht es sowohl um die Außen- wie auch um die Binnensicht der Besonderheiten der bolivarianischen Republik. *Andreas Boeckh* und *Patricia Graf* (beide von der Universität Tübingen) versuchen in ihrem Beitrag, das, was in Venezuela als „Bolivarianismo“ gilt und die ideologischen Grundlagen der Regierung Chávez abgibt, mit Inhalten zu füllen. Sie verweisen darauf, dass der „Bolivarianismo“ als unentwirrbare Mischung von linkspopulistischen Topoi der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts und einer Bolívar-Verehrung zu verstehen ist, die in Venezuela eine lange Tradition hat. Während aber früher der Bolívar-Mythos zur Legitimierung der bestehenden Verhältnisse genutzt wurde, dient er heute zur Legitimierung eines angeblich revolutionären Projekts, die allerdings sehr flexibel gehandhabt wird. Als Reaktion auf das Scheitern des Modernisierungsprojekts der *Acción Democrática* mit seiner weitgehend importierten Moderne (Stichwort: Venezuela als „tropisches Texas“ [Wertz in diesem Band]) stellt der „Bolivarianismo“ einen Versuch dar, auf genuin eigene Traditionen und Werte zurückzugreifen und damit einen Weg aus der Orientierungslosigkeit zu weisen, welche spätestens in den 1990er Jahren um sich gegriffen hat.

Der Beitrag von *Peter B. Schumann* macht deutlich, wie es jemanden (in diesem Fall einen neugierigen und aufmerksamen Journalisten) ergehen kann, der versucht, die Realität des heutigen Venezuela aus den völlig konträren Darstellungen der verfeindeten politischen Lager zu rekonstruieren, und der zunächst mit dem antichavistischen Diskurs konfrontiert ist, welcher die deutschen Medien beherrscht. Bei näherem Hinsehen stellt sich die Realität als sehr viel komplexer dar, als es große Teile der hiesigen Presse und die venezolanische Opposition wahrhaben wollen, welche die politische Intelligenz des Präsidenten krass unterschätzt haben, und für die der Chavismo auf der ganzen Linie gescheitert ist. Der Autor plädiert dafür, dem Präsidenten die Chance zu geben, sein Projekt umzusetzen.

Teodoro Petkoff hat eine für deutsche Verhältnisse erstaunliche, für Venezuela aber nicht untypische Karriere hinter sich: Als Mitglied der Kommunistischen Partei kämpfte er in den 1960er Jahren in der Guerilla, war 1971 Mitbegründer einer reformistischen, am Eurokommunismus orientierten Partei, die aus der Kommunistischen Partei hervorging und die eine Zeitlang die führende linke Kraft des Landes war; er war unter der zweiten Regierung Caldera Planungsminister, ist heute Herausgeber einer Zeitung (*Tal Cual*)

und gilt als ein differenziert argumentierender Chávez-Kritiker. In seinem Beitrag setzt er sich mit dem Verhältnis zwischen Chávez und den Medien auseinander, das sich – vorsichtig formuliert – als sehr schwierig darstellt. Chávez nimmt jede Kritik persönlich und reagiert mit einer rhetorischen Aggressivität, die seine Anhänger hin und wieder als Aufforderung (miss?)verstehen, regierungskritische Medien zu attackieren. Dem entspricht auf der anderen Seite eine Berichterstattung, welche weit über die in Venezuela übliche Respektlosigkeit gegenüber der Regierung hinausgeht und die vor an Lüge grenzenden Verzerrungen nicht halt macht. Die völlige Intoleranz der Regierung gegenüber kritischen Medienberichten, die als anti-revolutionär eingeschätzt werden, ohne dass die Regierung irgend etwas zustande gebracht hätte, was im Entferntesten einer Revolution ähnelte, schafft ein Klima der Einschüchterung, ohne dass es aber bislang zu einer formellen Einschränkung der Pressefreiheit gekommen wäre.

Mit *Luis Britto García* kommt ein Mann zu Wort, der in Lateinamerika einen beachtlichen Ruf als politischer Essayist und Dichter genießt, zahlreiche literarische Ehrungen erfahren hat, und der als Anwalt des Chavismo und der bolivarianischen Revolution mit zwei Beiträgen in diesem Band vertreten ist. In dem ersten Beitrag wird auf dem Hintergrund des Scheiterns des „Puntofijismo“ und dessen verheerenden sozialen Bilanz sowie des Widerstandes der restaurativen Kräfte auf die Leistungen und innovativen (sozial-) politischen Ansätze des Regimes verwiesen, das es mit seinem Engagement für die armen Bevölkerungsschichten ernst meint. Der zweite Beitrag präsentiert die chavistische Interpretation der sog. „IV. Republik“ und ihrer elitären, undemokratischen und korrupten Charakteristika und macht deutlich, wie die Regierung die Opposition einschätzt: als Putschisten, die vor der Zerstörung der produktiven Grundlagen der Nation und der nationalen Integrität nicht halt machen.

Im **Teil III: Wirtschaftliche Entwicklung** ist, bei Venezuela nicht verwunderlich, viel von Erdöl die Rede, aber nicht nur: Auch der Tourismus wird als Wirtschaftsfaktor vorgestellt. Der Beitrag von *Dorothea Melcher*, Wirtschaftshistorikerin an der Universidad de los Andes in Venezuela, macht deutlich, welche enorme Bedeutung das Erdöl nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die politische Entwicklung des Landes hat, und dass beim Erdöl mehr als bei jedem anderen Gut die Ökonomie eine politische ist. Der Schwerpunkt des Beitrags liegt auf dem Kampf um die Kontrolle über die staatliche Ölgesellschaft, die sich seit den 1980er Jahren zunehmend der staatlichen Aufsicht entzogen hatte, und deren Management sich im Konflikt zwischen Chávez und der Opposition auf die Seite der Opposition geschla-

gen hat. Im Kern ging es bei der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition, bei dem sämtliche Regeln über Bord gingen, um die Kontrolle der Ölindustrie. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrags sah es noch so aus, als würde es lange dauern, bis die Regierung nach dem Zusammenbruch des Ölstreiks die Industrie wieder funktionsfähig bekommen würde. Inzwischen hat es sich gezeigt, dass die Produktion schneller als erwartet wieder hochgefahren werden konnte.

Der Beitrag von *Heinz G. Preuße*, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen, befasst sich mit den kurz- und langfristigen Interessenkonstellationen der Ölproduzenten und -konsumenten und den Chancen für die Etablierung einer Weltordnung in Bezug auf das Öl. Da sich auch bei der „politischen Ware“ Erdöl auf lange Sicht die Marktregeln (Angebot und Nachfrage) auf die Preise auswirken, ist sowohl bei den Produzenten wie auch bei den Konsumenten ein gemeinsames Interesse an der Vermeidung extremer Preisausschläge sichtbar: Die Konsumenten würden bei zu niedrigen Preisen ihren Konsum so steigern, dass sie damit ihre politische Verletzbarkeit bei einem strategischen Rohstoff erhöhen und zugleich eine starke Preissteigerung auslösen, was nicht in ihrem langfristigen Interesse liegen kann, und die Produzenten würden bei einer Preismaximierungspolitik in den Konsumenten einen Konsumrückgang und Substitutionseffekte auslösen, was auch nicht in ihrem langfristigen Interesse liegen kann. Unterschiedliche Problemwahrnehmungen und Erwartungshorizonte sowohl bei den Produzenten- wie bei den Konsumentenländern lassen dennoch die Schaffung einer Weltenergieordnung als wenig wahrscheinlich erscheinen, was aber nicht unbedingt in einem chaotischen Weltmarkt für Erdöl resultieren muss.

Hans-Jürgen Burchardt, Professor für Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel, skizziert in seinem Beitrag den horrenden wirtschaftlichen Niedergang des Landes und geht dann der Frage nach, ob und inwieweit die Wirtschaftspolitik der Chávez-Regierung diesen Prozess anhalten und umkehren kann. Auf der konzeptionellen Ebene erweist sich die chavistische Wirtschaftspolitik als intelligente Mischung aus orthodoxen und heterodoxen Elementen, als entwicklungspolitisch innovativ und in vielen Punkten auf der Höhe der aktuellen entwicklungspolitischen Diskussion. Das Problem, das der Autor sieht, ist nicht allein die dürftige Umsetzungseffizienz und der institutionelle Zerfall des Landes, sondern die Tatsache, dass die Restwirtschaft nach wie vor und in zunehmendem Maße als „Appendix des Erdölsektors“ zu betrachten ist, was alle paradigmatischen Überlegungen ins Leere laufen lässt. Wachsende Öleinnahmen gehen einher mit einer erschreckend niedrigen Kapitalbildung und einer Deindustrialisierung, welche produktive Basis der Gesellschaft

erodieren lässt. Die Zunahme der Öleinnahmen verschaffen der Regierung einen verteilungspolitischen Spielraum, den sie legitimatorisch nutzt, der sie aber in hohe Abhängigkeit vom Ölpreis bringt. Sollte dieser wieder fallen, wird die Legitimationsbasis der Regierung prekär, was eine autoritäre Regression wahrscheinlich macht.

Der Beitrag von *Carlos E. Dávila* und *Udo Vollmer*, Geographen von der Universidad de los Andes und der Universität Tübingen, skizziert die bisherige Entwicklung des Tourismus in Venezuela und analysiert die Potentiale, die das Land aufgrund seiner vielfältigen natürlichen Ausstattung und seiner enormen Biodiversität für verschiedene Arten von Tourismus hat. Als Wirtschaftsfaktor ist der Tourismus heute schon in verschiedenen Regionen von Bedeutung, wenngleich bisher keineswegs die touristischen Entwicklungspotentiale ausgeschöpft wurden, über die das Land verfügt. Auch hier macht sich die politische Polarisierung des Landes bemerkbar, die für Negativschlagzeilen sorgt und Touristen trotz des inzwischen günstigen Wechselkurses abschreckt.

Auch der **Abschnitt IV: Rechtskultur** ist in weiten Teilen thematisch von den politischen Konflikten geprägt, welche das Land während der letzten Jahre polarisiert haben. In dem Beitrag des an der Zentraluniversität in Caracas lehrender Politikwissenschaftler und Juristen *Humberto Njaim* geht es vor allem darum zu zeigen, wie die Opposition die von der Verfassung geschaffenen partizipativen Möglichkeiten zu nutzen versuchte, um per Dekret erlassene Gesetze zu widerrufen, per Verfassungsänderung die Amtszeit des Präsidenten zu verkürzen bzw. den Präsidenten mit einem Abberufungsreferendum nach der Hälfte seiner Amtszeit aus dem Amt zu entfernen, und wie in juristischen Auseinandersetzungen um die Interpretation dieser in der Verfassung festgelegten Rechte diese schrittweise eingeengt bzw. unbrauchbar gemacht wurden. Des Weiteren stellt der Beitrag die Problematik der partizipativen und repräsentativen Demokratie in den Kontext der venezolanischen Verfassungsgeschichte.

Der Aufsatz der venezolanischen Juristinnen *Nicole Monleón* und *Rosario Then de Lammerskötter* am Max Planck Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg, befasst sich mit der Gesetzgebungspraxis der Chávez Regierung, wie sie in der Verfassung und den Statuten der Nationalversammlung festgelegt ist, und wie sie von der Regierung umgesetzt wird. Die Veränderungen im Gesetzgebungsprozess, die sich durch die neue Verfassung von 1999 ergeben, werden herausgearbeitet, wobei deutlich wird, dass die Exekutive in der neuen Verfassung einen starken Bedeutungszuwachs erfahren hat, und dass das Parlament in seinen Funktionen gegen-

über früher stark eingeschränkt worden ist. Ferner wird bei einigen der von der Regierung benutzten Praktiken etwa bei den Regierungsdekreten und auch bei einer Reihe von inhaltlichen Aspekten die Frage nach der Verfassungskonformität gestellt. Generell wird die juristische Qualität der Gesetzesproduktion kritisiert.

Der Beitrag der Anthropologen *H. Dieter Heinen* und *Antonio Pérez* (Instituto Venezolano de Investigaciones Científicas, Caracas, bzw. Museo Amazónico, Valencia de Alcántara, Spanien) bietet zunächst einen Überblick über die indigenen Völker, die in Venezuela leben, und über deren soziale Situation in Abgrenzung zu den *criollos* und der mestizischen Bevölkerung. Ferner wird deutlich, dass die Verfassung von 1999 diesen Völkern in zweierlei Hinsicht Fortschritte gebracht hat: Einmal definiert sich die „Bolivarische Republik“ ähnlich wie Ecuador und Bolivien als multiethnisches und plurikulturelles Staatswesen, und zum zweiten wird den indigenen Völkern trotz ihres geringen Gewichts als Wähler drei Sitze in der Nationalversammlung zugesprochen. In Bezug auf die Landrechte bemüht sich die Regierung, den Interessen der indigenen Bevölkerung Rechnung zu tragen, obgleich hier die Rechtslage nach wie vor unklar ist und die politische Praxis dann, wenn übergeordnete Wirtschaftsinteressen ins Spiel kommen, den geäußerten Grundsätzen nicht immer entspricht.

Der **Abschnitt V: Musik und Kulturaustausch** enthält zwei Schwerpunkte. Der Beitrag von *Ivo Hernandez Mirabal* (Universidad Simón Bolívar, Caracas) stellt die Musikgeschichte des Landes im Spannungsfeld europäischer Musiktraditionen und einer autochthonen Musikentwicklung vor. Der Beitrag zeigt einmal mehr, dass die europäische Wahrnehmung, die in Lateinamerika auf musikalischem Gebiet nur Folklore erwartet und daher auch nur diese vorfindet, der Vielfalt musikalischer Ausdrucksformen in der Region nicht gerecht wird. Wer einmal die Streichquartette des Brasilianers Heitor Villa Lobos oder des Argentiniers Alberto Ginastera gehört hat, nur um zwei Beispiele zu nennen, wird sich schnell von der Vorstellung verabschieden müssen, dass man aus Lateinamerika nur Folklore oder Folklorekitsch zu hören bekommt. Auch im Falle Venezuela wird man nun zu Kenntnis nehmen, dass die Musikgeschichte des Landes und auch seine gegenwärtige Musikpraxis sehr viel komplexer sind, und dass vor allem im 20. Jahrhundert innovative Verschmelzungen europäischer und einheimischer Musiktraditionen eine venezolanische Musik hervorgebracht haben.

Im letzten Beitrag des Bandes berichtet der Historiker *José Angel Rodríguez* (Universidad Central de Venezuela) von den deutschen Reisenden in Venezuela und deren Eindrücken, die sie von dem Land gewonnen haben,

aber auch mit einem liebevoll-ironischen und zugleich ethnographischen Blick von außen von seinen Eindrücken von Deutschland, die er während eines Forschungsaufenthalts bekommen hat, von einem Land, dessen radikale Andersartigkeit ihn fasziniert. Die Probleme mit den Absurditäten der deutschen Grammatik werden genauso thematisiert wie die Gartenzwerge und die strenge Ordnung in Schrebergartenkolonien, der Umgang mit dem Müll, der aus den Deutschen eine Nation von Müllsortierern gemacht hat, die Neigung, im öffentlichen Raum die Bürger mit Verboten zu umstellen, die Liebe zu den Tieren (und nicht unbedingt zu den Kindern) und die Neigung deutscher Wissenschaftler, auf Tagungen und Symposien von morgens bis in die Nacht tatsächlich zu arbeiten.

*

Abschließend noch ein Wort des Dankes: Die Herausgeber danken ganz besonders den Übersetzerinnen und Übersetzern für ihre mühevollen und sorgfältigen Arbeiten. Ohne ihre Unterstützung wäre vorliegender Band nicht möglich gewesen.

Rafael Sevilla und Andreas Boeckh
Tübingen, Februar 2005